

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Der Anteil der Jesuiten an der Preußischen Krone von 1701

Thoemes, Nikolaus

Berlin, 1892

XXI. Bemühungen P. Votas um formelle Anzeige des neuen Königstums auch beim Papste, wie bei allen anderen Herrschern. Absichtliche Uebergang des heiligen Stuhles Seitens Friedrichs I. Der Protest ...

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-435

**Bemühungen P. Votas um formelle Anzeige des neuen
Königtums auch beim Papste, wie bei allen anderen Herr-
schern. Absichtliche Uebergehung des heiligen Stuhles
Seitens Friedrichs I. Der Protest Clemens XI.**

„Mit dem Papst zu Rom haben J. K. M., ohnerachtet von verschiedenen Bischöfen und Prälaten Anlaß dazu gegeben worden, nichts zu schaffen haben wollen. Denn obgleich der römische Stuhl von alten Zeiten her bei Creirung neuer Könige sich eine große Prærogative angemäset, so haben doch J. K. M. als eine der vornehmsten Stützen der evangelischen Kirche billig Bedenken getragen, diese Prætension im Geringsten zu agnoszieren, oder etwas, so auch nur dahin gedeutet werden könnte, geschehen zu lassen.

Excellenz Frhr. v. Ngen in seiner Denkschrift über die Erwerbung der königlichen Dignität. 1704. (418.)

Es war dem guten P. Vota nicht gelungen, die Politik Friedrichs I. zu einem Einvernehmen mit dem Papst, oder auch nur zu einer Benachrichtigung von der erfolgten Annahme der Königswürde an denselben zu bestimmen. Daß diese Uebergehung des Papstes Clemens XI., während man den andern Souveränen Europas jene Benachrichtigungsschreiben zugehen ließ, ein politischer Fehler war, wird heute Jedermann zugeben. War der Papst das gefürchtete Oberhaupt der katholischen Kirche, das man nicht anerkennen wollte, so war er doch auch ein Gebietsherr und Souverän, wie so viele andere, den man politisch und diplomatisch ebenso einmal gut brauchen konnte, wie jene. Man hätte ihm daher auch eine Anzeige schicken dürfen und sollen und hätte dabei besser gestanden. Bei der Errichtung des deutschen Kaiserthrones für das Hohenzollernhaus ist der Fehler nicht wieder gemacht worden. Den Kaiser Wilhelm I. haben wir die Vermittelung des Papstes in einer völkerrechtlichen Streitsache mit Spanien — sehr zum Nutzen beider Reiche — anrufen sehen. Im Jahre 1701 aber waren die Berliner Ratgeber nicht nur von der Ansicht, die hl. Messe sei Götzendienst, sondern auch von dem im 16. und 17. Jahrhundert anhypnotisirten Wahn von der Höllehaftigkeit des Papsttums zu sehr beherrscht, um dem, grade gegenüber den Protestanten und zu ihren Gunsten politisch so freien Blick, so geraden Rat und so entschiedenen Entschluß des Jesuiten P. Vota eine gleiche Unbefangenheit

entgegenzubringen. P. Bota hat das preußische Königtum ins Auge gefaßt, hat es mitgegründet und geschützt, bevor wie nachdem Friedrich III. mit ihm Religionsgespräche geführt, bevor wie nachdem Friedrich die Vergeblichkeit bezüglicher Hoffnungen zum wiederholten Male be-
bekundet hatte. Der Jesuit hatte erkannt, daß Friedrich, der das Reich gegen Frankreich so erfolgreich verteidigen und anderseits die Türken zurück-
schlagen geholfen, der Titel nicht verweigert werden dürfe noch könne, den er beanspruche. Nirgendwo als in P. Botas Rede und Thun ist die Idee des Königtums der Hohenzollern bestimmter ausgesprochen, erläutert und gefördert. In allen Wechselfällen der Verhandlungen in Polen so gut wie mit den welt-
lichen Höfen, wie mit dem Vatikan, hat er sie hochgehalten. Das würde an seiner Stelle Mancher nicht gethan haben. Welche Mühe hatte P. Bota sich seit frühe gegeben, ein leidliches Verhältnis zwischen dem Berliner Hof und dem hl. Stuhle herzustellen! Von langer Hand her hatte er mit glücklichem Erfolg den Papst Innocenz XI. auf das neue preußische Königtum vorbereitet (Kap. XIX., S. 90 u. 93). Schon im Frühlinge des Jahres 1696 hatte er das Lob des Kurfürsten im Vatikan und in ganz Rom verkündet (Kap. VI., S. 24.) Der Staatssekretär des neuen Papstes Clemens XI., Kardinal Paulucci, war sein intimer Freund, bei dem er Friedrichs neue Würde gleichfalls aufs eifrigste empfahl und rechtfertigte. Was durfte Rom und durfte P. Bota als mehr natürlich erwarten, als daß man den Papst nicht in so auffallender, und gewiß zu subjektiver Weise bei An-
nahme der Königswürde übergehen werde, von der man anderen Souveränen Europas offizielle Anzeige machte, nur nicht einzig und allein Clemens XI., weil er der Papst war? Die Sache muß offiziell in Berlin erörtert worden sein, wurde aber ganz im Sinne der konfessionellen Befangenheit der Staats-
räte entschieden. Herr v. Ilgen spricht sich in seiner Denkschrift über die Er-
werbung der Königswürde betreffs der Beziehungen oder vielmehr der Nicht-
beziehungen und des Streitpunktes mit der päpstlichen Politik also aus:

„Mit dem Papst zu Rom haben J. K. M., ohnerachtet von ver-
schiedenen Bischöfen und Prälaten Anlaß dazu gegeben worden, nichts zu schaffen haben wollen. Denn obgleich der römische Stuhl von alten Zeiten her bei Creirung neuer Könige sich eine große Prärogative angemahlet, so haben doch J. K. M., als eine der vor-
nehmsten Stützen der evangelischen Kirche, billig Bedenken getragen, diese Präten-
sion im Geringsten zu agnossciren, **oder etwas, so auch nur dahin gedeutet werden könnte, geschehen zu lassen.** Inmittelst ist aus dem Schreiben, welches der verstorbene Papst Innocentius über diese Materie an den Bischof von Ermland hat abgehen lassen, und aus der Deklaration, welche der von gedachtem Bischof anhero geschickter Canonicus Windens von J. K. M. ver-
langt, klar genug zu sehen, wie listig der Papst diese Sache an-
gegriffen und daß er wohl gar die lächerliche Meinung gehabt, J. K. M.

durch das Verlangen, so Dieselbe nach der königlichen Würde seiner Meinung trüge, wo nicht von Ihrer Religion abzuziehen, dennoch etwas zum Besten der Katholischen in Preußen und anderswo von Ihr zu extorquiren. Nachdem man aber solches alles verachtet **und es nicht einmal einer Antwort gewürdigt, so ist dieses ohne Zweifel die Ursach gewesen, daß der Papst nachgehends sich so sehr erzürnet und** durch die bekannte hin- und hergeschickte Briefe seinen Unmuth einigermassen abzukühlen gesucht. Wiewohl solches auch die römisch-katholische Erz- und Bischöfe sowohl in als außer Reichs nicht abgehalten hat, J. K. M., wo nicht sofort bei geschehener Krönung, dennoch bald hernach vor einen König zu erkennen, Ihro zu solcher Ihrer neuen Würde zu gratuliren und Ihr dabei alle diejenigen Ehrbezeugungen zu erweisen, welche andere europäische Könige von ihnen zu empfangen pflegen.“ (418.)

Dieses Geständnis Algens führt deutlich genug die Wurzel des Streitfalles zwischen dem neuen Königtum und dem damaligen Papste Clemens XI. auf die konfessionell so befangenen und thatsächlich verletzenden Entschliessungen zu Berlin zurück. Mußte man denn wirklich selbst schon eine Antwort an Rom auf Anfrage von dorthier und Angebot seiner Hilfe für zu viel Ehre für das Papsttum halten? Denn nur Rom und der Papst konnten für sich wie für die ganze Kirche und also auch für den deutschen Orden, den kanonistisch einzig legitimen Ansprecher des ehemaligen Ordenslandes, nunmehr des Stammlandes des neuen Königtums, das bieten, was P. Botas Denkschrift in ihren Vorbegriffen einer Wiedervereinigung der Getrennten (Kap. XV. S. 74 Nr. 21) von der bedingungslosen Abtretung aller säkularisierter Bistümer und Kirchengüter, die der Kurfürst im Besitze habe (*cession totale de tous les évêchés et benefices ecclésiastiques*) andeutet. Nur Rom konnte ermächtigen, eine solche Sprache zu führen und zu sagen: Der Papst wird eine solche Generalcession aussprechen. Man hätte in aller Ruhe die Wiedervereinigungsversuche Roms ablehnen und dennoch diplomatisch höflich bleiben und mit Rom Frieden halten können! Wie, wenn die Jesuiten zu Wien und Warschau, denen doch das Verbleiben Friedrichs bei seinem Bekenntnis zeitig (schon 1698) bekannt geworden, ähnliche geradezu hartherzig konfessionelle Rücksichten hätten nehmen wollen, wie die Räte Friedrichs I. zu Berlin? Die Königskrone wäre jedenfalls nicht so bald und vielleicht gar nicht noch errungen worden! P. Bota ließ es in seiner feinen diplomatischen Art nicht an Hinweisen auf die Angemessenheit eines Benachrichtigungsschreibens für den Papst und auf seine Erwartung einer Antwort auf diese Hinweise fehlen. Am 4. Januar 1701 bringt er seine jahrelangen Bemühungen für Friedrich in Polen wie in Rom und bei den andern italienischen Höfen in Erinnerung. (S. 89). Am 12. Januar 1701 erklärt er ausdrücklich, seit Jahren und noch fortwährend mit glücklichem Erfolge den hl. Stuhl für das neue Königtum ein-

genommen zu haben. (S. 93.) Am 15. Januar 1701 bittet er um den Wortlaut der Benachrichtigungsschreiben für die italienischen Fürsten, um denselben in seinen Briefen an letztere im Interesse Friedrichs zu verwenden (S. 93). Am 3. Februar teilt P. Botta seine Absicht mit, das unter seinem Einfluß ergangene polnische Anerkennungsschreiben des neuen Königtums in Abschrift an den Papst und die übrigen italienischen Fürsten abzusenden, und bittet aufs Neue um den Wortlaut der Benachrichtigungsschreiben „für diese Souveräne“, um sie in seinem Briefwechsel zu verwenden (S. 93). Alle diese Hinweise blieben unbeachtet und P. Botta's Erwartung von einer Mitteilung an den Papst unerfüllt. Wir wären begierig, wenn es geschehen könnte, einen der preußischen Staatsmänner jener Zeit, einen der Herren Ratgeber Friedrichs I., dieses Verfahren vor dem Herren- oder Abgeordnetenhaus des preußischen Landtages von heute, oder in einer Sitzung des deutschen Reichstages rechtfertigen zu hören. Wenn der Papst darüber „unmutig“ wurde, so ist dies ihm doch gewiß kaum zu verdenken. Hielt der Hohenzoller von der Spree den Papst an der Tiber wie die anderen Souveräne einer Anzeige seines neuen Königtums weniger wert, so brauchte auch der Papst dasselbe nicht anzuerkennen. Das ist nichts mehr, als die kühle Logik der Thatsachen. Ja, diese Logik verlangt noch mehr: Die preußischen Staatsräte entzogen geradezu durch jene Unterlassung der Anzeige vom neuen Königtum an den Papst diesem die Möglichkeit seiner Anerkennung. Sie wäre ihnen unangenehm gewesen, sonst hätten sie ja dieselbe gesucht. Und noch mehr: Dieselben preußischen Staatsmänner von damals — bei dem ihnen bekannten prinzipiellen Standpunkte des Papsttums hinsichtlich der ohne seine Zustimmung säkularisierten Kirchengüter — sie schufen durch jene Unterlassung die Notwendigkeit des öffentlichen und geharnischten Protestes des Papsttums, welches bei einer höflichen Anzeige selbst eine den Umständen angemessene höfliche Wahrung des Prinzips in Ansehung des Ordenslandes Preußen vielleicht unterlassen haben würde. Im Grunde hätten also die preußischen Staatsmänner eher sich selbst einer übergroßen Kurzsichtigkeit, als den Papst einer überlauten Unmaßlichkeit anklagen lassen sollen: Dies zumal, da die damals bereits so vielfachen Beziehungen des Hohenzollernschen Machtbesizes mit dem Papste ergebenen Reichen und Landen bei nur etwas divinatorischer Veranlagung die baare Unmöglichkeit hätte erkennen lassen müssen, daß man nicht doch einmal zwingende Ursache haben dürfte, das Staatsboot des Königs von Preußen in Sicht, und zwar freundliche, des Steuermannes des Schiffleins Petri zu bringen und Rom es zu nähern. Letzteres ist unter Friedrichs I. Enkel, dem Könige Friedrich II., geschehen, welcher um ein schönes katholisches Land, Schlesien, drei schwere Kriege führte. Sein ruhmreiches Leben aber beschloß er damit, daß er, wie die confessionelle Befangenheit sagt, „ein ernstes Wort“ mit dem Papste Pius VI. im Jahre 1786 über „die Lächerlichkeit“ redete, womit er im päpstlichen Staatskalender nur als „Marchese di Brandenburgo“ aufgeführt wurde. (Horn:

S. 145, Paulig: S. 147). Es bedurfte des Genies eines Friedrich des Großen, um sich von des protestantischen Nordens Furcht vor den Katholiken und von seinem Schrecken vor dem Papsttum „nicht mehr imponieren“ zu lassen. Denn seine berühmten Worte: „Alle Religionen Seindt gleich guht,“ und „hier muß ein jeder nach Seiner Fasson Seelich werden,“ zieren gerade seine ersten Verordnungen aus dem Juni 1740 und sind gerade zu Gunsten eines katholischen Zuzüglers nach Frankfurt a. d. Oder und katholischer Soldatenschulen ergangen. („Publikationen“ Bd. II. S. 1 ff.) Er auch, Friedrich der Große, vollzog erst durch jene Bewerbung, ihm auch im römischen Staatskalender seinen Titel als „König von Preußen“ zu geben, nichts anderes, als den seinem königlichen Großvater gegebenen Wink des Jesuiten P. Bota. Es ist bis jetzt nicht bekannt, daß er darum das königliche Stamm-land Preußen oder die katholische Provinz Schlesien verloren hätte. Wohl aber weiß alle Welt, daß die katholischen Provinzen im Machtbesitz der Hohenzollern sich stetig gemehrt, und daß die katholischen Einwohner, wenn auch nicht zu den bevorzugten, dann aber doch zu den treuesten und besten Unterthanen Ihrer Majestäten der Könige von Preußen und der Kaiser von Deutschland zählen.

XXII.

P. Botas Wirken für den Ausgleich des neuen Königtums mit dem Papsttum.

„Das Gewitter in der Siebenhügelstadt, Sire, wäre gefährlicher, wenn der Schlag dem Blitz entspräche. In-folge der Mächenschaften der Allmacht von der Seine an der Tiber hat es einigen Donner abgesezt. Aber ich habe hier so viele mündliche und anderwärts so viele schriftliche Vorstellungen und Darlegungen gemacht, daß die Granaten in der Luft geplatzt sind und sozusagen gar keine Wirkung gehabt haben.“

P. Bota an Friedrich I. d. d. 6. Juni 1701. (394 frz.)

Es war den Berliner Staatsmännern bei Beginn des „Gewitters in der Siebenhügelstadt“ — nach P. Botas Ausdruck „foudres des sept Monts“ — welches am 16. April 1701 begonnen hatte, doch beinahe etwas schwül geworden. Am 20. Mai 1701 gab Friedrich seinem Gesandten v. Bartholdi zu Wien die Weisung: „Ihr habt aber mit dem P. Wolff daraus zu reden. Und zweifeln Wir nicht, es werde sowohl J. A. M. selbst, als auch gedachter Vater in Zeiten vorbauen, damit des Papstes wider diese unsere neue Dignität formirende Oppositiones keine widrige Suiten haben mögen.“ Am